

**Stuttgarter Erklärung der  
Innenpolitischen Sprecher von CDU/CSU in Bund und Ländern**

***Gewalt gegen Polizeibeamte konsequent entgegenzutreten!***

1./2. Oktober 2009

---

**1. Die innenpolitischen Sprecher von CDU/CSU in Bund und Ländern verurteilen die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte.**

Die Hemmschwelle, Gewalt einzusetzen, ist kontinuierlich gesunken. Diese generelle Gewaltbereitschaft schlägt sich auch in Angriffen auf Polizeibeamte nieder. Seit Jahren sind bundesweit kontinuierlich steigende Fallzahlen bei Übergriffen gegen Polizeibeamte durch gesteigertes, allgemeines Aggressionspotenzial und durch zunehmenden Autoritätsverlust bundesweit festzustellen. Die Anzahl der Fälle von Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte ist seit dem Jahr 2001 um mehr als 32 % bundesweit gestiegen. In Berlin werden durchschnittlich neun Polizeibeamte täglich angegriffen. In keinem anderen Berufszweig ist die Gefahr eines gezielten Angriffs gegen Leib, Gesundheit oder gar das Leben so groß wie beim Polizeiberuf.

**2. Die innenpolitischen Sprecher von CDU/CSU in Bund und Ländern fordern die Landesregierungen sowie die Bundesregierung auf, darauf hinzuwirken, dass Polizeibeamte vor Gewalt und Verletzungen sowohl durch einsatztaktische Überlegungen als auch durch weitere Verbesserung der persönlichen Ausstattung sowie der Aus- und Fortbildung geschützt werden. Ausreichende Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum ist Grundvoraussetzung sowohl für die Prävention als auch für die schnelle Intervention.**

Angriffe auf Polizeibeamte ereignen sich nicht nur bei Großdemonstrationen. Das Gros der Angriffe erfolgt bei Einsatzlagen im täglichen Dienst. Bereits eine einfache Streifenfahrt, Verkehrskontrollen oder der Einsatz bei Ruhestörungen kann heute Anlass zu Gewalttätigkeiten gegen Polizeibeamte sein. Auch während Einsätzen im Bereich der häuslichen Gewalt richten sich Gewalttätigkeiten in diesen emotional stark aufgeladenen Situationen gegen die einschreitenden Beamten.

Zunehmende Gewalt ist auch bei den so genannten Hooligans- und Ultra-Bewegungen festzustellen, die immer öfter in der Dritten Liga und den Fußball-Amateurligen auf Konfrontation aus sind.

Deutlich zugenommen hat in den letzten Jahren auch das Gewaltpotenzial von Links- und Rechtsextremisten; dabei wird in Demonstrationseinsätzen die Polizei zur Zielscheibe gewalttätiger Extremisten. Oftmals ist es Teil ihrer Taktik, gutgläubige Demonstranten als Schutzschild zu missbrauchen, indem sie aus der Mitte von Versammlungen heraus Straf- und Gewalttaten begehen. Zu welchem Gewaltpotenzial Linksautonome fähig sind, haben die Krawalle in Berlin am diesjährigen 1. Mai drastisch vor Augen geführt. Dabei kam es nicht nur zu erheblichen Sachschäden, sondern auch zu massiver Gewalt gegen Polizeibeamte (mehr als 400 Polizeibeamte wurden verletzt), sogar zum lebensbedrohlichen Einsatz von Brandsätzen. Die Polizei hat bereits in den vergangenen Jahren ständig ihre taktischen Vorgehensweisen überprüft und auf dieser Basis das Fortbildungsangebot angepasst. So haben sich verschiedene Bundesländer mit dem Einsatztrainingskonzepten sehr frühzeitig um die Vor- und Nachbereitung polizeilicher Einsatzsituationen gekümmert. Ziel ist es dabei, die Handlungssicherheit der Polizei in schwierigen Einsatzlagen durch kontinuierliche Schulung zu gewährleisten. Durch einen elementaren Baustein im Fortbildungskonzept der Polizei wird sowohl die Bewältigung von Routineeinsätzen als auch von besonderen Einsatzlagen trainiert, wie zum Beispiel Abwehr von gewalttätigen Angriffen mit Messern, die Bewältigung von Amoklagen und der Umgang mit psychisch Kranken.

Für eine effektive Eigensicherung bei gefährlichen Einsätzen benötigt die Polizei die passende Ausstattung. Die Ausstattung muss deshalb fortlaufend überprüft und – soweit notwendig – angepasst werden. Eine wesentliche Komponente des modernen passiven Schutzes für Polizeivollzugsbeamte stellt die ballistische Schutzweste dar. Im Rahmen des Ausstattungskonzepts sind für die Polizeibeamten im Außendienst eine persönliche Ausstattung sowie für alle anderen eine fahrzeug- bzw. funktions- und dienststellenbezogene Ausstattung mit ballistischen Schutzwesten vorzu-

sehen. Der Einsatz bei Amoklagen kann eine Verbesserung des ballistischen Schutzes der eingesetzten Polizeibeamten erforderlich machen. Weiterhin kommt der aktiven Schutz- und Einsatzausstattung besondere Bedeutung zu. Die Polizei muss durch geeignete Einwirkungsmittel wie beispielsweise Reizstoffsprühgeräte oder ausziehbare Einsatzstöcke in die Lage versetzt werden, gewalttätige Störer innerhalb verschiedener Einsatzdistanzen wirkungsvoll abwehren zu können.

**3. Die innenpolitischen Sprecher von CDU/CSU in Bund und Ländern fordern die Landesregierungen sowie die Bundesregierung auf, auch künftig sicherzustellen, dass von Gewalt betroffene Beamte in angemessenem Umfang Fürsorgeleistungen erhalten.**

Im Rahmen seiner Fürsorgepflicht unterstützt der Dienstherr Beamte, die von Gewalt betroffen sind. Einer einzelfallbezogenen Nachsorge kommt eine große Bedeutung zu. Sie ist daher weiterhin in angemessenem Umfang sicherzustellen.

**4. Die innenpolitischen Sprecher von CDU/CSU in Bund und Ländern fordern die Landesregierungen sowie die Bundesregierung auf, für Fälle von Gewalt gegen Polizeibeamte schärfere Sanktionsmöglichkeiten vorzusehen.**

Neben den Körperverletzungsdelikten gemäß § 223 ff. sieht das Strafgesetzbuch besondere Tatbestände vor, die im Rahmen von Gewalttätigkeiten gegen Vollstreckungsbeamte einschlägig sind. Aufgrund der zunehmenden Fallzahlen im Bereich der Gewalt gegen Polizeibeamte werden die Landesregierungen und die Bundesregierung aufgefordert, schärfere Sanktionsmöglichkeiten vorzusehen.

Gleichzeitig ist zu prüfen, inwieweit die Dokumentationspflichten so geändert werden, dass Beweismittel in entsprechenden Strafverfahren besser gesichert werden können. Darüber hinaus ist die Justiz aufgerufen, den Strafrahmen der Körperverletzungsdelikte und der sonstigen einschlägigen Delikte konsequent auszuschöpfen.

**5. Die innenpolitischen Sprecher von CDU/CSU in Bund und Ländern unterstützen das Vorhaben der Innenministerkonferenz, die Ursachen für die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte durch das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) zu untersuchen.**

Um effektive Maßnahmen gegen die Gewalt gegen Polizeibeamte zu ergreifen, ist eine umfassende Analyse des Phänomens erforderlich. Die Innenminister haben auf ihrer Konferenz eine entsprechende Untersuchung durch das KFN vereinbart. Aus diesen Erkenntnissen sind wirksame Strategien und Initiativen zu entwickeln und zu ergreifen, um den Schutz der Polizeibeamten weiter zu verbessern.